

F 57291

Febr. 1980 Seite 5

Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 1. Februar 1980

Blatt 230

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS
ausgesendet:
(violett)

Schieder zu NEWAG-Behauptungen
ORF-Sendung erzeugt Anti-Wien-Stimmung
"Das große Welttheater" in der Karlskirche

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gemeinderat
Studie über die Zukunft von Fertigteil-Bausystemen
Keine Reduzierung der Ärzteplanstellen
Drei neue Gemeinderäte

Lokal:
(orange)

Heumarkt: 25 Bäume müssen entfernt werden
Brigittenau und die neue Donau

Nur
über FS:

31.1. U 4: Hund foppte Feuerwehr und Polizei
1.2. Herabfallende Gerüstteile stoppten die Linie "O"

.....
bereits am 31. jaenner ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :

=====

schiedler zu newag-behauptungen

16 wien, 31.1. (rk) zu einer aussendung der pressestelle der niederoesterreichischen landesregierung "dampfkraftwerke zwentendorf: newag weist schieder-kritik zurueck" vom 31.1.1980 stellte umweltschutzstadtrat peter s c h i e d e r donnerstag gegenueber der "rathaus-korrespondenz" fest:

1) es stimmt, dass im oktober vergangenen jahres ein gespraech zwischen schieder und der verbundgesellschaft stattfand, allerdings wurde damals vereinbart, dass - bevor es zur endgueltigen festlegung des kraftwerkprojektes kommt - die newag-direktoren ihm, schieder, die genauen unterlagen ueber das kraftwerk zur verfuegung stellen wuerden und wien dann ueberpruefen koenne, wie weit eine gefaehrlichkeit gegeben sei.

dass nun mit der errichtung des kraftwerks bei zwentendorf begonnen werden soll, habe er, schieder, am montag aus den abendausgaben der dienstagszeitungen erfahren.

2) "der stadt wien geht es nicht darum, das kraftwerk schlecht zu machen, sondern darum, die wiener luft gut zu erhalten", stellte schieder ausdruecklich fest. sollten anlagen wie rauchgasentschwefelungsanlage und zusaetzliche staubabscheider, die geeignet sind, umweltbelastungen fuer wien zu vermeiden, eingebaut werden, so ist das genau das, was wien verlangt.

3) auf expertenebene habe ein gespraech stattgefunden, betonte schieder, wobei die verbundgesellschaft lediglich bereit war ueber die so₂-emission zu sprechen, obwohl es aus wissenschaftlichen arbeiten offensichtlich ist, dass nicht so₂ das problem

kalorischer kraftwerke ist, sondern konversionsprodukte und eine palette anderer luftverunreinigender schadstoffe, die vor allem in form von partikeln emittiert werden. darauf habe er, schieder, bereits in der pressekonferenz am diensttag hingewiesen.

was die studie von prof. reuter betrifft, so stehe fuer ihn, schieder, die wissenschaftliche kapazitaet von prof. reuter voellig ausser streit. seines, schieders, wissens habe jedoch prof. reuter selbst unmissverstaendlich festgestellt, dass mit einem ausbreitungsmodell, wie es er, reuter, in seinem gutachten verwendet habe, nicht weiter als bis zu 20 km gerechnet werden koenne, wien aber beginnt in einer entfernung von etwa 25 km vom emissionspunkt. die umweltschutzabteilung habe die entsprechenden emissionen fuer das wiener gebiet durchgerechnet.

schieder erklaerte abschliessend, dass es einen einfachen weg gaebe, nachzupruefen, ob das kalorische kraftwerk eine gefahr fuer wien darstelle oder nicht: dass newag und verbundgesellschaft alle unterlagen ueber das kraftwerk - dazu gehoeren auch unterlagen ueber die zu verwendende kohle, ueber die technische beschaffenheit der anlage sowie ueber eventuell geplante umweltschutzmassnahmen, auf den tisch legen. dann koenne man sich an hand exakter unterlagen konkret ueber notwendige massnahmen unterhalten. wenn es so ist, wie die newag in der heutigen aussendung behauptet hat, dann haette sie doch eigentlich nichts zu befuerchten, wenn sie offen auskunft gibt, wie das kraftwerk im detail geplant ist. (hs)

.....
bereits am 31. jaenner ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :

=====

vizebuergermeisterin gertrude froehlich-sandner:

'orf-sendung erzeugt anti-wien-stimmung'

17 wien, 31.1. (rk) zum orf-beitrag 'der rathausmann'
vom 30. jaenner 1980 stellte vizebuergermeisterin gertrude
f r o e h l i c h - s a n d n e r zur 'rathaus-korrespondenz'
folgendes fest:

als grundlage fuer die sendung haben sich die gestalter
vielfach einer studie bedient, deren zahlen und beweismaterial auf
die volkszaehlung 1971 zurueckgehen. unter anderem wird der fehl-
bestand an kindergartenplaetzen mit 6.000 bis 9.000 beziffert.
die angefuehrte studie wurde in der zwischenzeit vielfach
diskutiert und richtiggestellt. im gegensatz zu den in der sendung
zitierten behauptungen konnte gegenwaertig durch neu- bzw. umbauten
bei den wiener kindertagesheimen ein versorgungsgrad wie in
keinem anderen bundesland erreicht werden. bei den drei- bis vier-
jaehrigen kindern betraegt diese versorgung 82 prozent, bei den
fuenfjaehrigen kindern besteht bereits eine vollversorgung.

auch andere probleme, wie etwa stadtrandsiedlungen und stadt-
erneuerung sind praktisch ausschliesslich aus der sicht dieser
ueberholten studie angeschnitten worden. der film erweckte in
seiner gesamt-darstellung den eindruck, als wollte man unter-
schwellig eine anti-wien- stimmung erzeugen. (ba)

.....
bereits am 31. jaenner ueber fernsvhreiber ausgesendet
.....

k u l t u r :

=====

"das grosse welttheater" in der karlskirche

19 wien, 31.1. (rk) angelika hauff, josef meinrad und eberhard waechter sind die stars einer serie von theaterauffuehrungen, mit denen heuer waehrend der wiener festwochen erstmals die karlskirche "bespielt" wird. unter der regie von wolfgang glueck sind insgesamt neun auffuehrungen des "grossen welttheaters" von calderon de la barca in der uebersetzung von eichendorff geplant, die szenische gestaltung hat guenther schneider-siemssen uebernommen, die musik inklusive eines 50-personen-chores betreut generalmusikdirektor albrecht, weitere mitwirkende sind unter anderen franz muxeneder und peter wolsdorf.

traeger der auffuehrungen, die vom kulturamt der stadt wien und anderen oeffentlichen und privaten institutionen unterstuetzt werden, ist der verein der freunde christlicher theaterkultur, der das traditionsreiche medium des kirchenraumspieles neu beleben moechte. die premiere des "grossen welttheaters" in der karlskirche findet am 29. mai, um 20 uhr statt. eine der auffuehrungen wird voraussichtlich vom orf fuer eine spaetere ausstrahlung aufgezeichnet. die praesentation des vorhabens fuer die presse erfolgte donnerstag im beisein der hauptdarsteller am schauplatz der auffuehrung in der karlskirche. (fvv)

k o m m u n a l :

=====

studie ueber die zukunft von fertigteil-bausystemen

1 wien, 1.2. (rk) hat das fertigteil-bausystem beim wohnbau der zukunft noch berechnigte chancen? entspricht die plattenbauweise den aesthetischen kriterien der stadtgestaltung? diese fragen sollen in einer studie beantwortet werden, die im auftrag von wohnen-stadtrat johann h a t z l an zwei architekten vergeben wurde. in zunehmendem mass werden an den wohnbau sowohl in technischer als auch in aesthetischer hinsicht immer mehr anforderungen gestellt. es erhebt sich daher die frage, ob beziehungsweise wie das fertigteil-bausystem dem wohnbau der zukunft angepasst werden kann. der studie wird eine schaeztung von voraussichtlichen wohnbaustrukturen (bis cirka 1990) zugrundeliegen. weiters werden die voraussetzungen und die eigenschaften des fertigteilbaues untersucht und sodann die moeglichkeiten der abstimmung auf die bekannten und auf neue erforderungen des wohnungsbaus. ein sonderproblem ist die architektonische gestaltung. die kosten fuer die studie betragen 540.000 schilling.

(ba)

0818

L o k a l :

brigittenau und die neue donau

5 — wien, 1.2. (rk) ueber den absoluten hochwasserschutz fuer wien und die donauinsel informiert die ausstellung ''brigittenau und die neue donau'', die stadtrat peter s c h i e d e r und bezirksvorsteher anton d e i s t l e r donnerstag im magistratischen bezirksamt des 20. bezirks eroeffneten.

''brigittenau und die neue donau'' zeigt mit fotos, plaenen, texten und modellen die bedeutung des hochwasserschutzes fuer wien und die gestaltung des dabei entstehenden erholungsgebiets. mit hilfe von frageboegen sollen die besucher der ausstellung ausserdem ihre meinung und ihre vorschlaege zum projekt donauinsel und neue donau bekanntgeben.

geoeffnet ist die ausstellung ''brigittenau und die neue donau'' im amtshaus auf dem brigittaplatz 10 von 1. bis 16. februar jeweils montag bis freitag von 8 bis 18 uhr sowie samstag von 8 bis 12 uhr. der eintritt ist kostenlos. (hs)

1026

heumarkt: 25 baeume muessen entfernt werden - ersatz-
pflanzungen folgen

4 wien, 1.2. (rk) im bereich heumarkt - vordere zollamts-
strasse muessen 25 kranke baeume entfernt werden. das stadt-
gartenamt wird dafuer im fruehjahr neue baeume pflanzen. (hs)

1021

k o m m u n a l :

=====

keine reduzierung der aerzteplanstellen
wiens aerztliche versorgung bleibt gesichert

8 wien, 2.1. (rk) donnerstag fand zwischen vertretern der aerzteschaft und des hauptverbandes der oesterreichischen sozialversicherungstraeger unter vorsitz von praesident franz m i l l e n d o r f e r eine aussprache statt, an der im auftrag von buergermeister leopold g r a t z gesundheitsstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r teilnahm. im rahmen dieses gespraeches nahm der gesundheitsstadtrat, wie er der "rathaus-korrespondenz" erklaerte, gerne zur kenntnis, dass nicht daran gedacht sei, die aerzteplanstellen in wien zu reduzieren und dass diesbeuegliche aussagen auf missverstaendnisse beruhen. bei dieser gelegenheit wies stacher aber auch auf die besondere situation der stadt wien mit seiner hohen bevoelkerungszahl aelterer und damit haeufiger behandlungsbeduerftiger menschen, der in verschiedenen regionen noch keineswegs befriedigende aerztlichen versorgung, dem hohen altersdurchschnitt der praktischen aerzte sowie der hohen zahl von einpendlern hin. dieser umstand muesste unbedingt bei den verhandlungen ueber die weitere erhoehung von aerzteplanstellen im rahmen des vor 14 monaten abgeschlossenen vertrages zwischen dem hauptverband und der oesterreichischen aerztekammer beruecksichtigt werden. seitens der vertreter des hauptverbandes wurde dazu erklaert, dass entgegen anderslautenden darstellungen in verschiedenen aerztekreisen selbstverstaendlich alle ausscheidenden aerzte ersetzt werden, dass den besonderen verhaeltnissen wiens bei der zuteilung zusaetzlicher planstellen unter beruecksichtigung der besonders unterversorgten regionen oesterreichs rechnung getragen wird und dass man bereit sei, gemeinsam mit der stadt wien moeglichkeiten zu finden, um bei vorhersehbaren ausscheiden von aerzten die lokale versorgung der

1. februar 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 238

bevoelkerung durch neue aerzte rechtzeitig sicherzustellen.
ueber all diese fragen werden jedoch noch weitere gespraechе stattfinden. abschliessend erklaerte univ.-prof. dr. stacher, dass alle diskussionen und verunsicherungen unnoetig gewesen waeren, wenn der steirische landtagsabgeordnete und praesident primarius dr. p i a t y und die oesterreichische aerztekammer rasch und nicht erst nach einem jahr die durchfuehrungsvereinbarung ueber die verteilung der zu vermehrenden aerztestellen verhandelt haetten.

(zi)

1102

k o m m u n a l :

wiener gemeinderat (1)

3 wien, 1.2. (rk) unter dem vorsitz von gemeinderat
m a y r h o f e r (spoe) wurde die sitzung des gemeinderates mit
der fragestunde eingeleitet.

auf die e r s t e f r a g e von gr. dr. h i r n -
s c h a l l (fpoe), weshalb die zustandigen magistratsab-
teilungen nicht imstande waren, die rechtskraeftigen instandsetzungs-
auftraege fuer die haeuser judenplatz 2 und jordangasse 9 vorzu-
nehmen, antwortete stadtrat h a t z l (spoe), dass es sich nach
seiner meinung - nach durchsicht aller unterlagen - um kein
versaemnis der abteilungen handle. auf die e r s t e z u -
s a t z f r a g e , warum keine ersatzvornahmen vorgenommen
worden seien, antwortete hatzl: der hauseigentuemer hat gegen
behoerdliche und gerichtliche verfuegung saemtliche gesetzlichen
moeglichkeiten ausgeschoept. auf grund der gerichtsbeschluesse
konnte von der ersatzvornahmebehoerde (ma 25) nicht in das laufende
gerichtsverfahren zur instandsetzung des gebaues eingeschritten
werden.

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob stadtrat
hatzl mit der initiative von stadtrat zilk einverstanden sei, einen
teil des hauses in bueroraume umzuwidmen, antwortete hatzl, dass
zilk eine kompromissloesung angeboten habe. das ziel sei, die
haeuser nicht verfallen zu lassen und den mietern ihre wohnung zu
sichern. man soll sich kuenftig weniger ueberlegen, ob beamte
saeumig wurden, sondern darueber nachdenken, wie man die derzeitige
gesetzliche lage aendern koennte.

auf die z w e i t e f r a g e von gr. dr. marilies
f l e m m i n g (oevp) in wievielen staedtischen althaeusern seit
1978 baumpflanzungen vorgenommen wurden, antwortete stadtrat
h a t z l (spoe), dass keine statistik ueber baumpflanzungen in
innenhoeften von staedtischen althaeusern vorliege. auf die
e r s t e z u s a t z f r a g e sagte hatzl, er werde pruefen
ob man kuenftig eine statistik anlegen werde. auf die

zweite z u s a t z f r a g e , ob er sich fuer zusaetzliche baumpflanzungen einsetzen werde, sagte hatzl, dass dies eine frage der finanzierungsmoeglichkeiten und in den meisten faellen von den mietern mitzubezahlen sei. in den meisten staedtischen altbauten gibt es innenhoefe mit gruenanlagen. viel mehr sorgen bereiten hatzl die neuen wohnbauten, die von oevp-nahestehenden genossenschaften errichtet werden, in denen ueberhaupt keine gruenanlagen vorhanden sind. (ba) (forts.)

1020

wiener gemeinderat (2)

7 wien, 1.2. (rk) auf die d r i t t e f r a g e von gr. h e n g e l m u e l l e r (spoe), ob 1980 groessere bauvorhaben im bereich der amtshaeuser geplant seien, nannte stadtrat h a t z l unter anderen instandsetzungs- beziehungsweise umbauarbeiten am rathaus, im gebaeude schottenring 22, an gebaeuden im 3., 10. und 20. bezirk, die errichtung einer polizeistation auf dem praterstern sowie die instandsetzung der pestsaerule auf dem graben. 1980 stehen fuer diese zwecke 114 millionen schilling zur verfuegung. auf die z u s a t z f r a g e , welche arbeiten im jahr 1980 fertig werden, fuehrte hatzl unter anderen den umbau im gebaeude rathausstrasse 14 - 16, die dachinstandsetzung im gebaeude laxenburger strasse, das amtshaus im 15. bezirk und die pestsaerule an.

die v i e r t e f r a g e von gr. e r i k a k r e n n (spoe), ob die absicht besteht, in absehbarer zeit auf weiter basis gespraechе ueber wohnungsfragen in der oeffentlichkeit zu fuehren, antwortete stadtrat h a t z l mit ja. es soll eine grosse enquete abgehalten werden. auf die z u s a t z f r a g e , was bei dieser enquete behandelt werden soll, antwortete hatzl, dass nicht nur wohnbaufragen im engeren sinn, sondern auch fragen der infrastruktur, der stadterneuerung, der wohnungsgroessen und -strukturen u. v. a. diskutiert werden sollen.

die f u e n f t e f r a g e wurde zurueckgezogen.

auf die s e c h s t e f r a g e von gr. a r t h o l d (oevp), welche sportanlagen in den letzten jahren mit den geldern saniert worden seien, die die gemeinde wien dem wiener fussballverband dafuer zur verfuegung gestellt hat, fuehrte stadtrat s c h i e d e r eine grosse zahl von sportanlagen an, auf denen im vergangenen jahr verschiedene instandsetzungs-, sanierungs- und umbauarbeiten durchgefuehrt wurden. unter anderen nannte schieder den ajax-platz, den semperit-platz, die sportanlage kagran, die sportanlage spenadlwiese, den hac-slovan-platz, die sportanlage fac und die sportanlage rapid-oberlaa. in den letzten drei jahren wurden mit den mitteln aus sondersubventionen an den wiener fussballverband sanierungsarbeiten unter anderen auf folgenden sportplaetzen durchgefuehrt: raxplatz, askoe-16-platz, union-mauer-platz, hohe warte, favac-platz, lac-platz, esv-suedost-platz, nord wien-platz, berg karmel-platz, askoe 15-platz, kdag phoenix-platz, ostbahn 11-platz, esv stadtlau-platz, kaiser ebersdorfer-platz und austria 13-platz.

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob ein gesamtconcept des wiener fussballverbandes fuer die sanierung der sportanlagen bekannt sei, antwortete schieder, dass auch er der meinung sei, dass ein solches gesamtconcept notwendig ist. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wie weit die arbeiten auf dem franz horr-platz seien, antwortete schieder, dass er diese frage bei gelegenheit gerne beantworten werde, im augenblick aber die genauen unterlagen nicht zur verfuegung habe. (ger)

(forts.)
1048

wiener gemeinderat (3)

9 wien, 1.2. (rk) auf die s i e b e n t e f r a g e von gr. dkfm. b a u e r (fpoe), wie viele baeume bei einem ausbau der floetzersteigbundesstrasse gefaellt werden muessen, antwortete stadtrat s c h i e d e r (spoe), dass noch kein detailprojekt eingereicht wurde und daher die frage noch nicht beantwortet werden kann. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wie er sich

zu den schaeztungen der buergerinitiative stellt, die behauptet, dass ueber 1.000 baeume gefaellt werden muessen, erklaerte stadtrat schieder, dass er ueber die argumente der buergerinitiative informiert ist. er weiss allerdings nicht, nach welcher methode vorgegangen wurde und welches einzugsgebiet fuer die schaeztung genommen wurde. auf die **zweite zusatzfrage**, wann er von sich aus initiativ werde, antwortete stadtrat schieder, wenn mit dem bau ohne beachtung des baumschutzgesetzes begonnen wuerde - das ist jedoch nicht zu erwarten, da der magistrat diese bestimmungen genau einhaelt. er wird initiativ werden, wenn unrichtige darstellungen in die oeffentlichkeit gebracht werden und wenn das detailprojekt vorliegen wird. dann wird man dem baumschutzgesetz entsprechend vorgehen.

auf die **achte frage** von gr. hahn (oevp), ob eine subvention von 10 millionen zur adaptierung der ehemaligen polizeidirektion fuer zwecke des institutes fuer hoehere studien bereits voll in anspruch genommen wurde, antwortete stadtrat mayr (spoe) mit "nein". auf die **erste zusatzfrage**, warum nicht informiert wurde und warum die subvention nicht in anspruch genommen wurde, antwortete stadtrat mayr, dass leider nur ueber mehrausgaben, nicht jedoch ueber minderausgaben eine information vorgesehen ist. es kam deshalb nicht zu einer auszahlung, da der gemeinderat die subvention die bedingung geknuepft hat, nur im zuge des baufortschrittes auszubezahlen. vom institut fuer hoehere studien wurde bisher noch kein bericht ueber einen baufortschritt gegeben. auf die **zweite zusatzfrage**, was mit dem institut geschehn solle, da der bestehende vertrag bereits aufgekuendigt wurde, antwortete stadtrat mayr, der magistrat hat zwar eine aufkuendigung des vertrages versucht, die ganze frage ist aber noch nicht gerichtlich entschieden.

da der fragesteller der **neunten frage**, gr. neussner (oevp), fuer die heutige sitzung entschuldigt ist, wird die frage ueber den letzten stand bei der errichtung von produktionsstaetten von general motors schriftlich beantwortet.

auf die **zehnte frage** von gr. brosch (spoe), ob in zukunft aehnliche aktionen wie die veranstaltungsreihe "advent in wien" geplant sind, antwortete stadtrat dr. zilke (spoe), dass man diese sehr erfolgreiche serie fortsetzen werde. es gab mehr als 30 grossveranstaltungen und eine unzahl kleinerer veranstaltungen. fast alle veranstaltungen waren ausverkauft. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (4)

10 wien, 1.2. (rk) auf die e l f t e f r a g e von gr. m r k v i c k a (spoe), ob sich die artothek bewahrt habe, antwortete stadtrat dr. z i l k (spoe), die artothek sei ein voller erfolg. in der kurzen zeit des bestandes dieser fuer wien neuartigen einrichtung verzeichnete die artothek bereits ueber 1.000 personen, die sich bilder aus dem besitz der stadt ausliehen. besonders erfreulich sei die hohe zahl von jungen menschen und von senioren, von denen viele noch nie kontakt mit dem kunstmarkt hatten. auf die z u s a t z f r a g e nach den moeglichkeiten der weiterentwicklung dieser einrichtung sagte zilck, es sei daran gedacht, einen direktverleih von den kuenstlern zu den kunden zu organisieren und verleihstellen auch in geschaeften einzurichten.

auf die z w o e l f t e f r a g e von gr. dipl.-ing. dr. rainer p a w k o w i c z (fpoe), welche anderen varianten fuer eine zweite westeinfahrt ausser dem floetzersteig untersucht worden seien, sagte stadtrat n i t t e l (spoe), es sei bereits in den fuenfziger jahren die notwendigkeit eines derartigen wertteilers fuer die westlichen bezirke erkannt worden. die untersuchungen, die auf verkehrstechnische, wirtschaftliche und umweltfragen ruecksicht nahmen, ergaben, dass es keine alternative fuer den floetzersteig gebe. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach einer untertunnelungsvariante antwortete nittel, auch dies sei nur eine variante zum ausbau des floetzersteigs. es seien alle varianten geprueft worden, doch sei keine der varianten ohne massive eingriffe in das landschaftsbild oder ohne wirtschaftliche nachteile moeglich. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob die grundsaeetze der pruefungskriterien nicht ueberholt seien und ob die tunnelvariante nicht doch die verkehrstechnisch guenstigere und umweltfreundlichere sei, sagte nittel, diese sei aufwendig und topografisch schlecht unterzubringen. die einzige alternative sei das belassen des derzeitigen zustandes.

auf die 13. frage von gr. traundl (oevp), ob 1980 mit dem umbau des gersthofer platzes begonnen werde, sagte stadtrat nittel (spoe), es seien bereits 1979 zwei projekte in der endphase der diskussion gewesen, die jedoch durch den umbau der vorortelinie einer neuen ueberpruefung beduerfen. mit der entscheidung ueber die derzeitigen untersuchungen zur koordinierung aller verkehrsbereiche auf dem gersthofer platzl sei in einigen monaten zu rechnen. fuer heuer stehen 15 millionen schilling fuer dieses vorhaben bereit. auf die zusatzfrage, was er tun werde, um weitere geldmittel sicherzustellen, sagte nittel, es gebe keine ursache, an der sicherstellung der noetigen mittel zu zweifeln. man werde in koordinierung mit der bundesbahn den umbau fertigstellen. auf die zweite zusatzfrage, ob nun wirklich mit einer loesung dieses langjaehrigen problems zu rechnen sei, sagte nittel, es sei voellig sicher, dass dieses verkehrsbauwerk in naechster zeit verwirklicht werde. (gab) (forts.)

1114

wiener gemeinderat (5)

11 wien, 1.2. (rk) an antraegen und anfragen lagen vor: vier antraege von der oevp, ein antrag von fpoe, drei antraege von den bezirksvertretungen des 9., 18. und 19. bezirks, eine anfrage von der oevp und fuef anfragen von der fpoe. die vier oevp-antraege betrafen die container-entleerung, die aenderung des wohnungsverbesserungsgesetzes zur foerderung von sicherheitsmassnahmen, die aktualisierung des wiener brueckenberichtes und die einrichtung von raeumen in pensionistenheimen fuer andacht und gottesdienste. der fpoe-antrag betraf die anlage von schilanglaufloipen in wien. die bezirksvertretung alsergrund stellte den antrag auf beschraenkung der bauarbeiten im alten teil des akhs, die bezirksvertretung waehring auf die aufhebung der sperre des gersthofer- und poetzleinsdorfer friedhofes, die bezirksvertretung doebbling auf aufhebung der sperre des heiligenstaedter friedhofes.

./.

als neue gemeinderäete wurden hermann g l u e c k (oerp),
ing. horst r i e d l e r (spoe) und otmar e m e r l i n g
(spoe) angelobt. die gemeinderäete h o f f m a n n (oerp),
b u s t a (spoe) und l a n d s m a n n (spoe) haben ihre
mandate zurueckgelegt.

es erfolgte die neuwahl von mitgliedern in den gemeinderats-
ausschuessen. in den gemeinderatsausschuss finanzien und wirtschafts-
politik wurden statt den gemeinderäeten hoffmann (oerp) und busta
(spoe) stadtrat dr. g o l l e r (oerp) und gemeinderat
friederike s e i d l (spoe) gewaehlt. in den gemeinderats-
ausschuss fuer stadtplanung statt gr. dr. petrik (oerp) gr.
g l u e c k (oerp), in den gemeinderatsausschuss wohnen und
stadterneuerung statt gr. hoffmann (oerp) stadtrat n e u s s e r
(oerp), in den gemeinderatsausschuss kultur und buergerdienst
statt gr. landsmann (spoe) gr. e m e r l i n g (spoe). in den
gemeinderatsausschuss umwelt und freizeit statt den gemeinderäeten
landsmann (spoe) und schweda (spoe) die gemeinderäete e m e r -
l i n g (spoe) und ing. r i e d l e r (spoe), in den ge-
meinderatsausschuss strasse, verkehr und energie statt gr. busta
(spoe), gr. ing. r i e d l e r (spoe).

die wahlen erfolgten mit den stimmen der spoe und oerp. in
die beteiligungskommission wurde statt gr. hoffmann (oerp) vize-
buergermeister dr. b u s e k (oerp) in den kontrollausschuss
statt gr. friederike seidl (spoe) gr. s c h w e d a (spoe)
einstimmig gewaehlt. als mitglied der gemeinderäetlichen personal-
kommission wurde statt osr. dr. prohaska senatsrat dr. l e i t n e r
gewaehlt. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

volksbefragung

12 wien, 1.2. (rk) stadtrat n e k u l a (spoe) stellte
gemaess der wiener stadtverfassung den antrag auf durchfuehrung
der volksbefragung vom 16. bis 18. maerz 1980.

vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h -
s a n d n e r (spoe) verlas folgende erklaerung von buerger-
meister leopold g r a t z , der wegen seiner erkrankung an der
sitzung nicht teilnehmen konnte:

"ich will vor allem meiner persoentlichen freude ausdruck
geben, dass wien nun auch auf dem gebiet der direkten demokratie
beispielgebend in oesterreich sein wird.

seit meinem amtsantritt als wiener buergermeister und landes-
hauptmann habe ich es zu meinem persoentlichen anliegen gemacht,
die mitbestimmungsrechte der wienerinnen und wiener zu ver-
groessern, auszubauen und auf eine neue gesetzliche ebene zu
bringen. ich habe dies aus meiner tiefen ueberzeugung heraus
getan, dass in der demokratie das volk nicht nur in sonntags-
reden der souveraaen sein soll.

denn wer es ernst meint mit der buergernaehе, kann dies
weder durch markige plakatsprueche beweisen, noch dadurch, dass er
sein faehnchen nach dem wind richtet. deshalb hat die mehrheits-
fraktion im gemeinderat die erweiterte mitbestimmung der wiener
auch vorangetrieben und nach der verabschiedung der gesetze und
der zustimmung der bundesregierung auch die initiative ergriffen,
dem gesetz so rasch wie moeglich die praktische durchfuehrung folgen
zu lassen.

ich bin froh, dass nun die erste volksbefragung, der weitere
folgen werden, beschlossen wird. ich bin aber auch, vorsichtig
ausgedrueckt erstaunt ueber mancherlei reaktionen, vor allem auf
seiten der opposition.

ich entnehme den medien, man sei gekraenkt, weil die oevp nicht im voraus befragt worden ist. offensichtlich gibt es leute, die vergessen haben, dass dies, was heute zur diskussion steht, volksbefragng heisst und nicht oevp-befragung.

die opposition ist vielleicht darueber gekraenkt, dass nicht sie die auswahl der fragen entscheiden konnte. und genau zu diesem punkt moechte ich einige klarstellungen treffen, die notwendig sind, weil offensichtlich hier eine eigenartige interpretation von demokratie vorliegt.

die mehrheitsfraktion in diesem haus, die spoe, hat von den waehlern fuer eine ganze legislaturperiode, naemlich fuenf jahre, die vollmacht zur lenkung der geschicke unserer stadt erhalten. wenn die mehrheit nun in einzelfaellen diese legitimation nicht beansprucht, sondern von den wienerinnen und wienern wissen will, was sie in einer bestimmten frage meinen, dann ist dies eine entscheidung der mehrheit. was die oevp aber offenkundig will, ist als minderheit mehrheitsrechte auf kurzem weg zu arrogieren. dies muss ein wunschtraum bleiben.

denn das vertrauen der wienerinnen und wiener kann man sich nicht einfach nicht selbstherrlich anmassen - dieses vertrauen muss man sich verdienen durch die arbeit in wien und fuer wien. und diese arbeit fuer wien ist auch der grund, warum nach wie vor die sozialisten die bestimmende kraft in dieser stadt sind (rufzeichen)

was mich bestuerzt, ist aber auch die grundsaeztliche haltung mancher politisch verantwortlicher. ich fuer meine person habe bewiesen, dass ich nie gezoegert habe, eine gute idee, einen interessanten vorschlag gutzuheissen - natuerlich auch dann, wenn er vom politischem gegner kommt. leider vermisse ich eine aehnliche haltung auf der anderen seite. da wird der kalte krieg ausgerufen, da wird von gefaehrung der demokratie gesprochen - nur weil jemand anderer eine initiative setzt, die wirklich angewandte buergernaehe ist.

als buergermeister dieser stadt blicke ich trotzdem mit optimismus dieser volksbefragung entgegen. ich glaube sehr wohl, dass die wienerinnen und wiener dieses instrument der direkten

demokratie zu schätzen wissen. ich bin ueberzeugt, dass sie die erweiterten mitbestimmungsrechte nuetzen werden. denn wenn das volk gesprochen hat, dann kann sich nur der auf das volk berufen, dem dieses volk recht gegeben hat.

an die medien moechte ich in diesem zusammenhang appellieren, die entscheidung muendiger buerger durch eine sachliche darstellung zu unterstuetzen. um nicht missverstanden zu werden: selbstverstaendlich steht es jedem, natuerlich auch den medien, frei, stellung zu beziehen, zu kommentieren und zu werten. aber vergessen wir nicht, dass sachliche informationen ueber die entscheidungsgrundlagen die voraussetzung fuer eine echte entscheidung sind.

es waere schade, sollte dieser start in die direkte demokrati in einer propagandafut von parteien oder medien untergehen. ich werde deshalb als buergermeister genauso wie die spoe als partei keine empfehlung fuer die beantwortung der bei der volksbefragung gestellten fragen geben. jeder wiener soll diese fragen fuer sich entscheiden - denn das ist der sinn dieser volksbefragung.

lassen sie mich zum abschluss nur sagen: die spoe und ich als buergermeister werden den mehrheitswillen eindeutig, ohne wenn und aber, ohne feilschen um prozente, ohne ausreden und herumreden befolgen.

ich fordere alle auf, dasselbe auch schon jetzt - vor der volksbefragung - zu erklaren.'' (ger)

1200

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (7)

13 wien, 1.2. (rk) er sei froh, dass die rathausmehrheit nicht beim urspruenglichen text der vier fragen geblieben ist, sagte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe). die neufassung der frage nach dem floetzersteig-ausbau sei ausschlaggebend fuer die positive mitwirkung der fpoe an der heutigen beschlussfassung. es haette allerdings eine reihe von fragen gegeben, die aktueller als die drei anderen in der volksbefragung gestellten waeren.

zur ersten frage nach wirksamen beschleunigungsmassnahmen fuer den oeffentlichen verkehr empfehle die fpoe die antwort "ja". der vorrang des oeffentlichen verkehrs sei unter den im gemeinderat vertretenen parteien ja ohnehin vollkommen unbestritten.

bei der zweiten frage nach den plakatstaendern gehe es den sozialisten sicher nicht nur um das stadtbild. dahinter stecke auch handfeste politik. die spoe, die den zugang zu den informationsmoeglichkeiten der stadtverwaltung hat, braucht die plakatstaender weniger als die oppositionsparteien. oevp-bezirksvorsteher heinz habe der spoe in dieser angelegenheit ein "hoelzel" geworfen.

bei der dritten frage nach dem ausbau des floetzersteiges koenne nunmehr mit ja oder nein geantwortet werden. hirnschall unterstrich die notwendigkeit einer ausreichenden sachinformation der bevoelkerung.

in der vierten frage sehe die fpoe die chance, den fortbestand der in frage stehenden friedhoeefe zu sichern.

hirnschall brachte einen z u s a t z a n t r a g ein, der folgende ergaenzung des fragenkatalogs vorsieht:

5. sind sie fuer den bau einer donaubruecke im bereich der traisengasse (traisenbruecke beziehungsweise brigittenauberbruecke)?
6. sind sie fuer die errichtung einer stadtautobahn a 5, die das erholungsgebiet der alten donau durchquerend nach nordosten fuehren soll?
7. sind sie dafuer, dass auch bei der anschaffung von dienstkraftwagen durch die stadt wien und deren unternehmungen die hoechstgrenze von derzeit s 133.000,-- , wie sie auch fuer die steuerliche absetzung von firmenfahrzeugen gilt, eingehalten werden soll?

(ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

oevp wuenscht andere fragen

15 wien, 1.2. (rk) als teilweise versaeumte chance fuer wichtige probleme bezeichnete vizebuergermeister dr. b u s e k (oevp) die volksbefragung im maerz. die spoe-mehrheit handelt im sinne einer bestaetigungsdemokratie und will applaus zu dem haben, was sie sich als wichtige fragen vorstellen kann.

die oevp lehnt die fragen 2 und 4 ab. die verwendung der begriffe "propagandastaender" und "stadtbild stoeren" ist manipulativ. die spoe will mit dieser frage die informationsfreiheit der politischen parteien beschraenken. dr. busek erinnerte, dass ueber die plakatstaender wichtige informationen an die bevoelkerung weitergegeben wurden. so in fragen der flaechenwidmung und in einer reihe von sozialen und kulturellen veranstaltungen. der ausbau der vorortelinie waere ohne die weitgehende information durch die plakatstaender nicht erreicht worden.

das aufstellen von plakatstaendern wird von den gemeinden im eigenen wirkungsbereich bewilligt. es erfolgt durch bescheid und es erhebt sich die verfassungsrechtliche frage, ob eine angelegenheit, die bescheidmaessig erledigt wird, ueberhaupt gegenstand einer volksbefragung sein kann.

die oevp war nie gluecklich ueber den gemeinderatsbeschluss ueber die auflassung von ortsfriedhoefen. trotzdem sollte diese frage nicht gegenstand einer volksbefragung sein.

dr. busek stellte den a n t r a g , fuer die volksbefragung zwei neue fragen aufzunehmen: man sollte ueber die verbreiterung der nordbruecke oder ueber den bau einer neuen autobahnbruecke abstimmen lassen und weiter, ob die gemeinde grundflaechen fuer parkanlagen ankaufen sollte. beide fragen sind sehr aktuell. es gibt plaene, die neue donaubruecke mit einer strasse ueber das nordwestbahngelaende und durch den augarten zu verbinden und so erklaert sich auch die ablehnende haltung des bezirksvorstehers des 20. bezirktes in dieser frage. bei der verbauung der scala-

gruende, der boehmgruende und nun auch eines areals auf dem stein-
hof hat die spoe-mehrheit sehr deutlich gezeigt, dass ihr die
lebensqualitaet der wiener voellig egal ist.

die volksbefragung im maerz ist keine premiere fuer die
geschichte der direkten demokratie in wien. es gab die frage des
sternwarteparkes, der uebrigens fuer die bevoelkerung noch immer
nicht geoeffnet ist. es ist zu hoffen, dass diese volksbefragung
nicht die gleichen konsequenzen haben wird.

dr. busek forderte mehr benuetzerfreundlichkeit fuer die
volksbefragung. 100 abstimmungslokale sind einfach zu wenig. er-
freulich ist, dass die befragung an wochentagen durchgefuehrt
wird. das ist ein erster ansatz zu einem umdenken in der mehr-
heitspartei. (sei) (forts.)

1315

wiener gemeinderat (9):

sachliche information gefordert

16 wien, 1.2. (rk) gr. e d l i n g e r (spoe) betonte, die
kommende volksbefragung habe bei der opposition offensichtlich
verwirrung ausgeloeset. es sei jedoch lediglich so, dass dieses
instrumentarium, das im programm der wiener verankert ist, und
dessen durchfuehrungsbestimmungen in kraft sind, nun zur anwendung
kommt. die spoe geht damit konsequent den weg der direkten demo-
kratie weiter, der fuer sie schon immer ein anliegen war. zu der
von vizebuergemeister dr. busek geforderten objektiven information
zu den fragen der volksbefragung sagte edlinger, er halte diese fuer
wichtig, doch sei sie auch von den wiener zeitungen zu fordern.
aufgabe sei es hier, information zu verbreiten, die eine sach-
gerechte entscheidung ermoegliche. dass die oevp fordere, von der
spoe befragt zu werden, bevor diese mit dem plan einer volksbe-
fragung an die oeffentlichkeit gehe, sei ein novum im politischen
leben. mit abstimmungsvorschlaegen der oevp zu themen, die ueber-
haupt nicht zur debatte stehen, etwa einer guertelautobahn oder
einer autobahn ueber die alte donau, sei der sache der direkten
demokratie jedenfalls nicht gedient.

zur frage 1 der befragung, die den oeffentlichen verkehr betrifft, habe die oevp in frage gestellt, ob ein ja fuer die beschleunigungsmassnahmen verbesserungen mit sich bringen werde. sie nimmt damit die zahlreichen vorhaben nicht zur kenntnis, die in den naechsten jahren gesetzt werden sollen.

in der frage 2, die die plakatstaender betrifft, sehe die oevp zwar kein thema, doch sind sicher viele wiener der ansicht, dass diese staender das stadtbild empfindlich stoeren. zu diesen zaehlen auch der der oevp angehoerende bezirksvorsteher des ersten bezirks, heinz, der sich in einem brief gegen diese staender ausgesprochen hat und der ehemalige kurier-watschenmann und jetzige oevp-stadtrat mauthe.

zur frage 3 stellte edlinger fest, es gehe aus der fragestellung genau hervor, welche alternativen zur auswahl stehen. ueberdies sei festzuhalten, dass sich die oevp in einem verkehrskonzept fuer den floetzersteig als wesentlichen verkehrstraeger ausgesprochen habe. letzten endes kann man aber nicht beim strassenbau nach dem st. florians-prinzip vorgehen, da sich dann jede bautaetigkeit aufhoeren wuerde.

die vierte frage ueber die zukunft der kleineren friedhoefe sei schliesslich notwendig, um klarheit fuer weitere planungen zu haben. es sei jedenfalls eine unterstellung, die spoe betreibe mit der volksbefragung nur eine bestaetigungs- und gefaelligkeitsdemokratie, wie dies die oevp und ein teil der zeitungen behaupten. die spoe sorgt im gegenteil dafuer, dass der bevoelkerung das recht auf entscheidung in wichtigen fragen eingeraeumt wird. (gab)

(forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (10):

der eiertanz um die plakatstaender

17 wien, 1.2. (rk) die oevp sei empört, dass die spoe bei der volksbefragung nach einer methode gesucht habe, um die direkte demokratie nicht fuer sondern gegen die buerger einzusetzen, kritisierte gr. fuerst (oevp). die mehrheitspartei will sich ihre eigene meinung bestaetigen lassen und fuehrt daher eine spoebefragung durch. jahrelang seien volksbefragung, volksbegehren und volksabstimmung von der spoe abgelehnt worden. der ausspruch des buergermeisters 'das volk wird befragt werden' klingt nach gefaehrlicher drohung: dem volk soll demokratieverstaendnis a la spoe beigebracht werden.

der eiertanz um die plakatstaender dauert bereits monate. in den vorwahlzeiten hat die spoe gegen die aufstellung der dreieckstaender nichts einzuwenden gehabt. anfang jaenner 1980 empfahl die mehrheitspartei dem magistrat, keine genehmigungen fuer die staender mehr zu erteilen. nicht die staender stoeren die spoe, sondern der inhalt der plakate. buergermeister gratz habe einmal plakatieren lassen: jeder wiener hat ein recht zu erfahren, was in dieser stadt geschieht. nun soll der opposition ein maulkorb umgehaengt werden. die wiener spoe von 1980 schraenkt die grund- und freiheitsrechte, die ihre vorfahren erkaempft haben, wieder ein. (ba)

mehr als vier fragen nicht sinnvoll

die unterstellungen seines vorredners gr. fuerst, die bis zum zitieren volksdemokratischer vorbilder reichten, koennen nicht ohne widerspruch zur kenntnis genommen werden, erklaerte gr. ing. h o f m a n n (spoe). die volksbefragung ist ein instrument der direkten demokratie, durch das die buerger mehr als bisher zur mitwirkung bei der loesung von sachproblemen herangezogen werden koennen. hofmann wies den vorwurf der verzoegerung zurueck. der termin fuer die erste volksbefragung im maerz ist der fruehestmoegliche

seit dem beschluss ueber die durchfuehrungsbestimmungen. dies zeigt, wie ernst die spoe die direkte demokratie nimmt. sowohl die buerger als auch die politiker muessen dabei einen lernprozess durchmachen.

voraussetzung fuer das gelingen der volksbefragung ist die umfassende information der bevoelkerung. je besser die information ist, desto eher kann eine sachliche entscheidung getroffen werden. den medien kommt dabei eine besondere rolle zu. hofmann bewertete es als positives zeichen, dass die medien dieser frage bisher grossen raum gegeben haben und gab der hoffnung auf eine sachliche berichterstattung ausdruck. auch der magistrat selbst wird einen beitrag zur information jedes einzelnen buergers zu leisten haben.

es waere nicht sinnvoll, haette man gleich bei der ersten volksbefragung ein zu grosses fragenpaket vorgelegt. erfahrungen sollen gesammelt werden, ehe man den naechsten schritt macht, der sicher bald folgen wird. mehr als vier fragen scheinen nicht sinnvoll.

die haltung der oevp zu den vier gestellten fragen hat sich als schwankend erwiesen. so war die oevp vor den letzten gemeinderatswahlen vehement fuer den ausbau des floetzersteiges eingetreten. hofmann erinnerte auch daran, dass der gemeinderatsbeschluss ueber die aufhebung von friedhoefern seinerzeit einstimmig gefasst worden ist. zur frage der dreieckstaender meinte hofmann, es ist absurd, so zu tun, als wuerde durch ihr verbot ausserhalb von wahlzeiten die demokratie gefaehrdet. vor 1969 habe es solche dreieckstaender in wien ueberhaupt nicht gegeben. er selbst habe - damals als landespartisekretaer der wiener spoe - diese idee aus deutschland importiert. es sei aber bedauerlich, dass der urspruengliche verwendungszweck nicht beibehalten und die entsprechenden uebereinkommen nicht gehalten worden sind. hofmann verwies darauf, dass oevp-stadtrat dr. mauthe selbst sehr oft - und oft auch berechtigt - fragen der stadtbildpflege in den vordergrund gestellt habe.

die kritik an der fragestellung ueber wirksame massnahmen zugunsten des oeffentlichen verkehrs gehe ins leere, sagte hofmann. an theoretischen zustimmungen zum vorrang fuer den oeffentlichen verkehr fehle es nicht, in der praxis machen sich aber sehr wohl immer wieder widerstaende bemerkbar. die volksabstimmung wird zeigen, ob diese widerstaende wirklich so gross sind, wie manchmal getan wird. hofmann stellte fest, dass die volksbefragung weder ein instrument der mehrheit, noch der minderheit, sondern ein instrument der buerger sei. (ger)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (11):

alibi fuer pietaetlosigkeit

18 wien, 1.2. (rk) mit der frage ueber die schliessung von ortsfriedhoefern will sich die stadtverwaltung von den buergern ein alibi fuer eine pietaetlosigkeit holen, erklaerte gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp). man sollte kulturstaetten der wiener nicht in zivilisationsplaetze umwandeln.

die spoe hat bisher das echte begehren der bevoelkerung negiert und ist fuer die schliessung der friedhoeefe eingetreten. erholungsflaechen koennte man sich auf andere weise beschaffen und sie sind auch nicht an der peripherie notwendig, sondern im dichtverbauten stadtgebiet.

mit der verwirklichung der direkten demokratie hat es die spoe nur zwischen dezember und maerz eilig gehabt. die oevp hat sich 17 jahre lang vergeblich bemueht, der wiener bevoelkerung ein mehr an direkter demokratie zu bringen. (sei)

1348

wiener gemeinderat (12):

eine berichtigung

19 wien, 1.2. (rk) gr. dr. h i r n s c h a l l sagte, er habe eine notwendige berichtigung zu den ausfuehrungen von gr. f u e r s t (oevp) vorzunehmen. den brief bezueglich der plakatstaender habe bezirksvorsteher heinz nicht auf antrag der freiheitlichen bezirksraete geschrieben, vielmehr sei der brief dem

./.

antrag vorausgegangen. dr. hirschsall stellte den antrag, ueber die magistratsvorlage zur volksbefragung und ueber den antrag der oevp punktweise abzustimmen.

Laerm- und abgashoelle

gr. h a u b e n b u r g e r (oevp) sagte, der massive widerstand der oevp in der frage des floetzersteigs habe die spoe erst dazu gebracht, die volksbefragung zu initiieren. abgesehen von der tatsache, dass der ausbau des floetzersteigs fuer 60.000 buerger eine laerm- und abgashoelle bringen wuerde, fehlen bis heute fachliche gutachten, so etwa einer kosten-nutzen-rechnung zu diesem vorhaben. stadtrat nittel habe zwar die vorlage dieser unterlagen angekuendigt, doch sei dies bis jetzt unterblieben. lediglich eine verkehrszaehlung manipulativen charakters sei bis jetzt vorgenommen worden. die umweltzerstoerende tatsache, dass dem ausbau der trasse 5.000 baeume geopfert werden muessten, werde von den sozialisten ebenso wenig beachtet wie die buergerinitiative. die kosten von 750 bis 800 millionen s fuer 1,7 km autobahn wuerden fuer so ein kurzes autobahnstueck einen neuen preisrekord bedeuten. die oevp sei fuer die direkte demokratie, doch sei sie dagegen, diese durch die fragestellung ad absurdum zu fuehren. (gab) (forts.)
1405

wiener gemeinderat (13):

Lernprozess fuer direkte demokratie

20 wien, 1.2. (rk) zu technischen und organisatorischen fragen fuer die durchfuehrung der volksbefragung nahm gr. ing. s v o b o d a (spoe) stellung. wegen der bundespraesidentenwahl sei der letztmoegliche termin der volksbefragung vor dem sommer der 18. maerz. allen wienern werden stimmkarten zugeschickt. die befragung erfolgt

an drei tagen, die zahl der abstimmungslokale sei ausreichend. mit dieser ersten volksbefragung beginne ein lernprozess zur direkten demokratie. die voraussetzung dafuer sei eine sachliche information der bevoelkerung.

die erste frage sei besonders wesentlich, weil es zahlreiche bekenntnisse zur bevorzugung des oeffentlichen verkehrs gebe, aber die durchfuehrung immer wieder auf schwierigkeiten stosse. das verbot von plakataestaendern wird von zahlreichen wienerinnen und wienern gewuenscht. die dreieckstaender tragen weder zur verschoenerung des stadtbildes, noch zur verkehrssicherheit bei. zur dritten frage sei von seiten der oevp bereits viel demagogie betrieben worden. immer wieder wird von "autobahn" gesprochen, obwohl die westeinfahrt ein ausbau der bundesstrasse b 223, also einer hauptstrasse, wie sie in jedem anderen bezirk wiens besteht, ist. auch im oevp-programm ist der ausbau der westeinfahrt vorgesehen.

die umwandlung von friedhoefern in gruenflaechen sei keine erfindung der spoe. bereits ende des jahrhunderts sind viele ortsfriedhoeefe in parkanlagen umgewandelt worden.

gr. svoboda gab seiner hoffnung ausdruck, dass zahlreiche wiener von der volksbefragung gebrauch machen. (ba)

1440

wiener gemeinderat (14):

zahl der wahllokale sollte hoeher sein

21 wien, 1.2. (rk) die zahl der stimmlokale soll moeglichst hoch sein, um den buergern die stimmgabe moeglichst leicht zu machen, sagte stadtrat dr. g o l l e r (oevp). laut buergermeister gratz sollen es 80 bis 110 lokale sein. dies waere zu wenig. bei der sternwartepark-befragung gab es 103 lokale, die befragung dauerte damals aber sechs statt drei tage.

goller erhob den vorwurf, dass tausenden jungen menschen, die bei der bundespraesidentenwahl wahlberechtigt sind, bei der volksbefragung ihr wahlrecht vorenthalten wird, weil die verfassungs-

maessige anpassung der wiener gemeindewahlordnung an die bundesbestimmungen noch immer nicht vollzogen worden ist. dies sollte so bald wie moeglich in ordnung gebracht werden.

provokation und missachtung

dass es in wien zwanzig groessere buergerinitiativen gibt, sei kein zufall, erklaerte gr. dr. p e t r i k (oewp). niemand ist zur stelle, wenn es gilt, die beduerfnisse der buerger zu erfuellen. eine tiefe buerokratieverdrossenheit sei festzustellen. auch die hunderttausend sozialisten, die im oktober 1978 der wahl ferngeblieben sind, empfinden ein tiefes unbehagen. der antrag der oewp auf senkung der notwendigen zahl von unterschritten fuer die anwendung der instrumente der direkten demokratie wurde von der spoe abgelehnt.

die fragen, die nunmehr den wienern vorgelegt werden, sind zum teil eine neuerliche enttaeuschung. ihr inhalt stellt eine provokation und missachtung fuer jeden denkenden buerger dar. es wird nach dingen gefragt, die laengst entschieden sind, die fragestellung ist manipulativ. eine korrektur der fragestellungen ist unabdingbar, schloss dr. petrik. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (15):

nittel: niemand denkt an autobahn

22 wien, 1.2. (rk) es gibt situationen, wo in polemischen auseinandersetzungen die legitimation der mandatare in zweifel gezogen werden muss, erklarte stadtrat n i t t e l (spoe). das ist bei der floetzersteigbundesstrasse der fall. daher habe er dem buergermeister vorgeschlagen, diese frage in die volksbefragung aufzunehmen. nittel unterstrich, dass diese frage alle wiener angeht und dass sie moeglichst sachlich und ohne emotionen entschieden werden soll.

nittel warf der oevp vor, nach dem motto "was nuetzt, wird gesagt" zu handeln. noch im vergangenen jahr hat die oevp-hietzing den ausbau der floetzersteigbundesstrasse gefordert, heute schreibt die oevp- propagandalinie ein nein zur "autobahn" vor.

die brigittenauer bruecke ist notwendig und muss rasch gebaut werden. auf der pfeilerkonstruktion der floridsdorfer bruecke koennen keine zusaetzlichen spuren angebracht werden. man muesste neben der bruecke eine neue, zweispurige bruecke bauen. die anbindungen zur floridsdorfer bruecke sind auf eine vierspurige bruecke ausgerichtet und es waere auch aus diesem grund nicht sinnvoll, zu erweitern.

die spoe denkt nicht an einen bau einer autobahn durch die brigittenau. die anbindung an die bruecke erfolgt ueber den handelskai und ueber die donauuferautobahn. dies ist eindeutig durch eine verordnung des bautenministers geregelt. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (16):

volksbefragung: schlusswort und abstimmung

23 wien, 1.2. (rk) stadtrat nekula sagte im schlusswort, dass die beschleunigungsmassnahmen im oeffentlichen verkehr bis jetzt immer auf grosse schwierigkeiten gestossen seien. es sei daher notwendig, die bevoelkerung zu fragen, ob sie die beschleunigungsmassnahmen befuerwortete.

zur frage der plakataendaender sei zu sagen, dass man nicht die aufstellung von staendern im 1. bezirk verhindern und in den uebrigen bezirken erlauben koenne. so schaffe man buerger zweier klassen. beim floetzersteig habe die oevp "kindesweglegung" betrieben. aber die oevp aendere ja dauernd ihre meinung, wodurch das gespraech mit ihr so schwierig sei.

in der frage der friedhoeefe sei zu sagen, dass diese keine ortsfriedhoeefe im urspruenglichen sinn mehr sind. im uebrigen seien viele parkanlagen im heutigen wien ehemalige friedhoeefe, die schon umgewandelt worden sind. die frage der friedhoeefe wie auch die des floetzersteigs betreffe alle wiener, weil heute kein teil der stadt von den problemen eines anderen teils unberuehrt bleiben kann. jedenfalls wird die spoe respektieren, was die waehler sagen.

zur frage der technischen durchfuehrung der volksbefragung sagte nekula, man werde so viele lokale einrichten, wie sie von den bezirksvorstehern verlangt werden.

der abaenderungsantrag der oevp erhielt die stimmen der oevp und der fpoe und wurde mehrheitlich abgelehnt.

ueber den antrag des berichterstatters wurde punktweise abgestimmt:

punkt 1 wurde einstimmig angenommen

punkt 2 wurde mit den stimmen der spoe angenommen

punkt 3 wurde einstimmig angenommen

punkt 4 wurde mit den stimmen der spoe und fpoe angenommen.

der antrag zur durchfuehrung der volksbefragung wurde einstimmig angenommen. der zusatzantrag der fpoe erhielt die stimmen der oevp und der fpoe und wurde mehrheitlich abgelehnt. (gab)

(forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (17):

subvention

24 wien, 1.2. (rk) gr. ingrid s m e j k a l (spoe) beantragte eine subvention fuer das "fo-theater" in der hoehe von 300.000 schilling und eine ausfallshaftung bis zu 100.000 schilling. das "fo-theater" ist eine wanderbuehne, die in hoeften, fabriken usw. spielen wird.

gr. p r o c h a s k a (oevp) kritisierte, dass das projekt noch nicht durchgeplant sei und dass es keinerlei erfahrungen mit dieser gruppe gaebe. das "fo-theater" arbeite mit dem dramatischen zentrum zusammen. die oevp fordere die fortsetzung der bewahrten kleinbuehnen in den aussenbezirken.

in ihrem schlusswort stellte gr. ingrid smejkal fest, dass der bekanntheitsgrad einiger schauspieler eine gewisse garantie fuer das gelingen des experimentes abgebe. die verbindung zum dramatischen zentrum bestehe darin, dass dort proben des "fo-theaters" abgehalten werden. die bewaehrte kleinbuehnenaktion in den aussenbezirken wird fortgesetzt. die oevp koenne sich in ihrer ablehnung diesmal nicht hinter dem "kulturschilling" verstecken, sondern sie beweise erneut, dass ihr an breiter kulturarbeit nichts liegt.

a b s t i m m u n g : mit mehrheit angenommen.

fussgaengerzone schwendermarkt

fuer den ausbau der fussgaengerzone schwendermarkt im 15. bezirk beantragte gr. o b l a s s e r (spoe) 400.000 schilling. gr. dkfm. dr. w o e b e r (oevp) bekundete die grundsuetzliche zustimmung seiner fraktion zur fussgaengerzone, sprach sich aber gegen die planung des kinderspielplatzes aus. es sei eine ueber zwei meter hohe betonmauer errichtet worden, die fuer die kinder gefaehrlich sei, weil sie darauf balancieren. die bezirksvertretung habe einstimmig massnahmen zum schutz der kinder gefordert. gr. woeber stellte den z u s a t z a n t r a g , den kinderspielplatz in der fussgaengerzone umzugestalten.

./.

gr. oblasser machte darauf aufmerksam, dass die fussgaengerzone erst im herbst in betrieb genommen wurde und gruenpflanzen erst im fruehjahr sichtbar werden. die mauer erfuelle als laerm-schutzwand und als malwand eine doppelte funktion. die fuss-gaengerzone schwendermarkt koenne jedoch nicht aehnlich der fuss-gaengerzone kaerntner strasse gestaltet werden, wie sich der oevp-bezirksvorsteher-stellvertreter strobl dies vorstelle.

zu einer tatsaechlichen berichtigung meldete sich gr. woerber zu wort: bv-stellvertreter strobl habe niemals gesagt, dass die fussgaengerzone schwendermarkt so aussehen sollte, wie die fuss-gaengerzone kaerntner strasse.

a b s t i m m u n g : der zusatzantrag wurde abgewiesen, der a n t r a g mit stimmenmehrheit angenommen. (ba) (forts.)
1650

wiener gemeinderat (18):

u-bahn-bau

25 wien, 1.2. (rk) gr. o b l a s s e r (spoe) stellte den antrag auf erhoehung des sachkredites fuer den umbau der ustrab-linie auf u-bahn-betrieb um 87,1 millionen schilling auf 375 millionen.

gr. ing. k r e i n e r (oevp) kritisierte, dass in diesem bauabschnitt seit 1975 eine baukostenerhoehung um 116 prozent zu verzeichnen ist. der fertigstellungstermin sei urspruenglich mit mitte 1979, spaeter von stadtrat nekula mit fruehjahr 1980 und schliesslich von stadtrat nittel mit september 1980 angegeben worden. warum ist dann aber fuer das jahr 1981 eine baurate von 79 millionen schilling veranschlagt?

stadtrat n i t t e l (spoe) bestaetigte den termin september 1980 und stellte fest, dass die inbetriebnahme und die abrechnung eines verkehrsbauwerkes zwei verschiedene dinge sind, weshalb auch fuer 1981 noch mittel notwendig sind.

gr. o b l a s s e r (spoe) verwies in seinem schlusswort darauf, dass in diesem bauabschnitt die arbeiten unter aufrechterhaltung des strassenbahnbetriebes durchgefuehrt werden, was erhoehte sicherheitsvorkehrungen verlangt.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

bausperre

gr. b r o s c h (spoe) beantragte die verhaengung einer zeitlich begrenzten bausperre fuer das gebiet zwischen grinzinger allee, sieveringer strasse, weinzingergasse und iglaseegasse.

gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp) erklarte, dass in diesem fall eines flaechenwidmungs- und bebauungsplanes mit weile vorgegangen werde, obwohl eile geboten waere. eine erste bauverhandlung fand bereits statt. der bauwerber ist schon weiter als die aenderungabsicht. wuerde nach den alten fluchtlinienbestimmungen vorgegangen, so bestuende anlass zur sorge um das ortsbild und die umweltbedingungen. deshalb sei groesste eile geboten. auch bei anderen bauvorhaben in doebbling besteht moeglicherweise anlass zur sorge. es gebe eine starke massierung staedti-scher beziehungsweise spoe-naher vorhaben in diesem bezirk. schaumayer aeusserte die bitte, vorsorge zu treten, dass hier keine unerwuenschte entwicklung eintritt.

gr. b r o s c h (spoe) stellte in seinem schlusswort fest, dass er ebenfalls der meinung sei, dass rasch gearbeitet werden soll. der vorliegende akt zielt auf eine verbesserung ab, einer weniger dichten verbauung wird der vorzug gegeben.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (19):

wohnhausbau in ottakring

27 wien, 1.2. (rk) gr. r a u t n e r (spoe) beantragte, fuer einen staedtischen wohnhausbau im 16. bezirk, eisnergasse 15 - 19, einen baubetreuungs- und bauaufsichtsvertrag mit der "urbanbau" zu genehmigen.

gr. dipl.-ing. p a w k o w i c z (fpoe) erklarte, dass es in diesem gebiet zu einer echten mitgestaltung der bevoelkerung an einem bauvorhaben gekommen ist. nun gibt es aber zwei projekte: eines des magistrats, das einen umbauten innenhof vorsieht, und ein weiterreichendes projekt einer buergergruppe. mit dem wohnhausbau werden die interessen der bevoelkerung nicht beruecksichtigt.

gr. dipl.-ing. ddr. s t r u n z (oevp) erklarte, dass die eskalation der umweltzerstoerung weitergehe. durch den bau der wohnhausanlage wird das mikroklima in diesem gebiet verschlechtert.

gr. o b l a s s e r (spoe) erklarte, dass ueber dieses projekt viele jahre diskutiert wurde und bis mai vergangenen jahres stimmten alle fraktionen zu. es entsteht ein 4.000 quadratmeter grosser neuer park und damit wird es wesentlich mehr gruen geben als bisher. gleichzeitig wird ein neues wohnhaus errichtet und damit werden die wohnungsverhaeltnisse in ottakring verbessert.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.
(sei) (forts.)

1700

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (20)

28 wien, 1.2. (rk) gr. t i s c h l e r (spoe) beantragte die instandsetzung der staedtischen wohnsiedlung 16, spiegelgrund, mit einem kostenerfordernis von 35 millionen schilling, wobei die erste baurate fuer das jahr 1980 2 millionen betraegt. gr. h a n n (oevp) sagte dazu, es zeige sich zunaechst wieder einmal, dass der zins von einem schilling pro quadratmeter eine erhaltung der haeuser nicht ermoegliche. worauf er hinweisen wolle, seien im speziellen falle die veranlagung von 2,3 millionen schilling fuer gehsteige und die von 11 millionen fuer den einbau von kunststoff-isolierglasfenstern. da hier bei einer gesamterhoehung des mietzinses auf das 13,7-fache, die stadt das 5,37-fache trage, komme man zum schluss, es gebe in wien mieter zweier kategorien. die in gemeindewohnungen und die in privatwohnungen, die bei gleichen reparaturen die volle hoehe zu tragen haetten. darum forderte die oevp einen staedterneuerungsfonds, der allen mietern in altbauten gleichermaßen zugutekommt. die einfuehrung des staedterneuerungsfonds wuerde der stadt in gleichem masse helfen, wie es schon das 1967 von der oevp-alleinregierung beschlossene wohnungsverbesserungsgesetz getan habe.

gr. p f o c h (spoe) antwortete, die ungleiche behandlung von mietern in gemeindewohnungen und in privathaeusern zeige sich vor allem darin, dass die privaten wohnungseigentuemer kassieren und die einnahmen privatisieren und die haeuser verfallen lassen, waehrend die stadt einen weg zur sanierung des baubestands sucht. das zeigen die vorhaben im planquadrat wieden und auf dem spittelberg, wo grosse mittel fuer die staedterneuerung aufgewendet wurden. ein gemeinsamer weg fuer mieter und hauseigentuemer wird fuer eine gesunde staedtentwicklung zu suchen sein. zur frage der fenster in der siedlung auf dem spiegelgrund ist zu sagen, dass diese im sinne einer einheitlichen gestaltung in uebereinstimmung mit den mietern erneuert werden.

der a n t r a g wurde einstimmig a n g e n o m m e n .

(gab) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (21):

subvention

29 wien, 1.2. (rk) fuer den verein "wiener jugendkreis" beantragte gr. hildegard w o n d r a t s c h (spoe) eine subvention von 13,6 millionen.

gr. gabrielle t r a x l e r (spoe) informierte ueber die zahlreichen aktionen, die der verein "wiener jugendkreis" gemeinsam mit dem landesjugendreferat der stadt wien veranstaltet. zu den beliebtesten aktivitaeten gehoeren das wiener ferienspiel, der wiener ferienklub, die semesterferienaktion und als neuestes angebot fuer jung und alt, der familiensonntag. am wiener ferienspiel haben im vergangenen jahr ueber 40.000 kinder an den verschiedenen veranstaltungen teilgenommen. die semesterferienaktion wurde 1979 von fast 100.000 kindern besucht. kultur- und unterhaltungseinrichtungen, die wenig bekannt sind, werden waehrend dieser aktionen staerker besucht, wie beispielsweise das planetarium, die alte schmiede und die museen. ein besonderer vorteil des familiensonntags ist die dezentralisierung der aktivitaeten vom zentrum in die wohnbezirke. der familiensonntag bietet zahlreiche moeglichkeiten, die kreativitaet und aktivitaet der kinder un eltern zu foerdern, und den sonntag zum gemeinsamen feiertag zu machen.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde einstimmig angenommen.

(ba)

1729

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (22):

gas- und stromtarife

30 wien, 1.2. (rk) stadtrat n i t t e l (spoe) beantragte die neufestsetzung der gas- und strompreise. die gaspreise sollen mit 1. februar um 19,6 prozent, die strompreise mit 1. jaenner um 14,9 prozent erhoehrt werden. der hauptgrund fuer die notwendigen erhoehungen ist die preisentwicklung auf dem rohenergiesektor (erdoel, erdgas).

gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) stellte fest, dass das aus der sowjetunion importierte gas teurer geworden ist, zusaetzlich muss nordseegas gekauft werden. durch die umstellung auf erdgas sind die gaswerke aus einem erzeugungsbetrieb in einen reinen verteilungsbetrieb verwandelt worden. die auslandsabhaengigkeit ist fast vollkommen. es sollten ueberlegungen angestellt werden, ob nicht fuer den krisenfall eine teilweise eigenversorgung mit stadtgas sinnvoll waere. pawkowicz kritisierte, dass dem gemeinderat keine genauen kalkulationsgrundlagen vorgelegt wurden. ausserdem uebte pawkowicz kritik an dem umstand, dass auch die zaehlergebuehren erhoehrt werden sollen. mit der strompreiserhoehung uebernimmt wien die spitze der tabelle bei den preissteigerungen. auch im fall der e-werke liegen keine stichhaeltigen zahlen auf dem tisch. (ger) (forts.)

1805

wiener gemeinderat (23):

gas- und stromtarife (forts)

31 wien, 1.2. (rk) die politische umsetzung des wiener energie-konzeptes ist noch ausstaendig, erklaerte gr. dkfm. a m m a n n (oevp). zwei beispiele sind symptomatisch fuer die sorglosigkeit. die situation des gasrohrnetzes wird noch immer beschwichtigt, obwohl man jahr fuer jahr hoehere betraege fuer die sanierung aufwenden muss. die fuer die lagerung des erdgases notwendigen kugel-

behaelter werden viel zu spaet gebaut. in summe glaubt die oevp jedoch, dass die erhoehung des gaspreises richtig ist, und man wird daher zustimmen.

eine erhoehung von tarifen ist fuer die bevoelkerung nie erfreulich, erklaerte gr. maria k u h n (spoe). sie ist aber fuer die sicherung der energieverversorgung der stadt notwendig. haushalte, die gas nur zum kochen verwenden, muessen mit einer mehrbelastung von acht schilling rechnen. wird gas auch zur warmwasserbereitung verwendet, ergibt sich eine mehrbelastung zwischen 16 und 34 schilling. kommt auch die heizung dazu, betraegt die durchschnittliche mehrbelastung pro monat und haushalt 94 bis 103 schilling. (sei) (forts.)

1813

wiener gemeinderat (24)

32 wien, 1.2. (rk) gr. h a u b e n b u r g e r (oevp) sagte, energiepolitik duerfe sich nicht in tarifmechanik erschoepfen. bei der erhoehung der stromtarife sei zu bemerken, dass sich die mehreinnahmen aus dieser erhoehung genau mit dem betrag von 775 millionen s decken, die den verkehrsbetrieben von den e-werken zufliegen. die erhoehung um 14,9 prozent sei nicht gerechtfertigt und stelle eine grosse belastung fuer wirtschaft und der privaten dar. wien nehme damit eine spitzenstellung im strompreis ein. die erhoehung sei in diesem ausmass nicht notwendig.

gr. h i r s c h (spoe) entgegnete, sein vorredner habe gesprochen, als ob er den antrag nicht kenne. dort ist nachzulesen, dass die erhoehung wegen der hohen investitionen fuer die versorgung notwendig ist. so hat die 380 kv-leitung 1,7 milliarden s, der block 1 - 2 der waerme-kraft-kupplung des kraftwerks simmering 2,3 milliarden s gekostet. diese investitionen muessen fortgesetzt werden, um die weitere vorsorge zu gewaehrleisten. ueberdies ist der strompreisantrag ein bundesweiter. ebenso ist auch beim strompreis die auslandabhaengigkeit durch das teurere oel gegeben. zusammenfassend sei zu sagen, dass der preisantrag massvoll sei, und wien die weitere klaglose versorgung mit strom und gas garantieren muesse. (gab) (forts.)

1837

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (25)

33 wien, 1.2. (rk) aeltere menschen treffe die erhoehung der abgaben und tarife mit voller haerte, stellte gr. Lehner (oevp) fest. jahrelang hat sich die oeffentlichkeit bemueht, ein umweltfreundliches energiesystem wie nachtstrom und gasheizungen zu propagieren, das nun genauso kostenintensiv wie andere heizungsmoeglichkeiten ist. besonders benachteiligt seien pensionisten mit einem einkommen in der hoehe zwischen 5.000 und 7.000 schilling, die keinerlei zusaetzliche unterstuetzung von der oeffentlichen hand erhalten. die belastungswelle der stadt wien macht die aufwertung der pensionen zunichte. gr. Lehner beantragte einen generellen heizkostenzuschuss fuer einkommenschwaechere.

in seinem schlusswort erklaerte stadtrat n i t t e l , dass wien vier monate lang aus eigenen energiereserven versorgt werden koennte. gleichzeitig bot nittel allen fraktionen an, an einem gemeinsamen unterausschuss zur frage der energiereserven teilzunehmen. eine eigene stadtgasproduktion sei aus technologischen gruenden nicht moeglich. die auslandsabhaengigkeit betraegt bei gas 50 prozent, bei kohle 70 prozent, daher sei auch der versuch einer gasproduktion aus kohle nicht zielfuehrend. die preise fuer kohle sind in den letzten vier monaten um 7,3 prozent fuer minderwertige und um 12,3 prozent fuer hochwertige kohle gestiegen. bei der erhoehung der strom- und gastarife sind die steigenden rohenergiepreise in betracht zu ziehen.

a b s t i m m u n g : der antrag auf erhoehung der gastarife wurde mit den stimmen der oevp und spoe, der antrag auf erhoehung der stromtarife mit den stimmen der spoe angenommen. der zusatzantrag wurde einstimmig angenommen. (ba)

1. februar 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 270

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (26):

bausperre

34 wien, 1.2. (rk) gr. b r o s c h (spoe) beantragte die verhaengung einer zeitlich begrenzten bausperre fuer das gebiet zwischen wagramer strasse, kagraner platz, kraygasse und am freihof im 22. bezirk.

gr. dkfm. b a u e r (fpoe) erklarte, dass dieses grundstueck von seinem eigentuemer ordnungsgemaess erworben wurde. er bezeichnete das vorgehen des magistrats als selbstherrlich. es werde nun, da der eigentuemer bauabsichten habe, die bausperre verhaengt, um eine oeffentliche beduerfnisanstalt zu errichten.

gr. dr. m a y r (oevp) kritisierte ebenfalls, dass ein eigentuemer sein ordnungsgemaess erworbenes grundstueck nicht bebauen duerfe. der standort sei fuer eine oeffentliche beduerfnisanstalt ueberdies gar nicht geeignet.

gr. f r e i n b e r g e r (spoe) verwies darauf, dass die oevp schon 1976 einen antrag auf errichtung einer oeffentlichen beduerfnisanstalt im bereich des kagraner platzes eingebracht habe. 1979 stellte die spoe den antrag, ein oeffentliches wc auf dem grundstueck wagramer strasse 148 zu errichten. erst danach erfolgte der kauf dieses grundstueckes durch seinen jetzigen eigentuemer. der eigentuemer nuetzt alle ihm zu gebote stehenden rechtsmittel, der magistrat tue das nun auch.

gr. b r o s c h (spoe) stellte in seinem schlusswort fest, dass auch der fachbeirat seine zustimmung gegeben habe.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe.

(ger) (forts)

1918

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (27):

flaechenwidmung a 24

35 wien, 1.2. (rk) gr. b r o s c h (spoe) beantragte, den flaechenwidmungsplan fuer den bau der a 24 in teilen kagrans zu aendern. gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) erklarte, dass die bezirksvertretung mit dieser aenderung zunaechst nicht beschaeftigt wurde und dass der bezirksvorsteher von sich aus eine stellungnahme abgegeben hat. im november 1979 wurde zwar ein beschluss der bezirksvertretung erreicht, die information eines planungssachverstaendigen ueber saemtliche alternativen wurde jedoch unterbunden. solange in der praxis so vorgegangen wird, muesse alle ausfuehrungen ueber die ausweitung der demokratie auf bezirksebene geredet bleiben. aus diesem grund stimmt die fpoe gegen den antrag, obwohl sie grundsaeztlich fuer das projekt eines aussenringes um wien eintritt.

gr. d a l l e r (oevp) erklarte, dass die oevp der a 24 dann zustimmen wuerde, wenn alle massnahmen des umweltschutzes respektiert werden. beim bau sollten moeglichst viele strassenzuege ueberdeckt werden, bei absiedlungen muesste grosszuegig entschaedigt werden, siedler sollten fuer notwendige umbauten nicht rueckzahlbare zuschuesse bekommen und eine anbindung der erzherzog karl-strasse an die a 24 sollte unterbleiben. gerade die letzte forderung wird von der spoe negiert und daher wird die oevp nicht zustimmen. (sei)

1940

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (28):

flaechenwidmung a 24 (forts)

36 wien, 1.2. (rk) gr. s c h u l t z (spoe) wies darauf hin, dass die generelle planung der a 24 den unmittelbar betroffenen in einer ausstellung oeffentlich vorgelegt wurde. 15.000 besucher sahen diese ausstellung. die buendelung des individualverkehrs in diesem gebiet bedeute eine entlastung der wohngebiete vom durchzugsverkehr. auch die fpoe und die oevp seien fuer diese trasse der autobahn eingetreten, doch jetzt, da sich eine buergerinitiative gebildet hat, glaube man, politische geschaefte in dieser frage machen zu koennen.

der antrag wurde mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n .

(gab) (forts)

1941

wiener gemeinderat (29):

wahl

37 wien, 1.2. (rk) es erfolgte die wahl von vier mitgliedern des sparkassenrates der zentralsparkasse und kommerzialbank, wien. neu gewaehlt wurden stadtrat m a y r (spoe), magistratsdirektor dr. b a n d i o n (spoe), gr. h o f s t e t t e r (spoe) und nr. a. d. dipl.-ing. dr. kurt f i e d l e r (oevp).

a b s t i m m u n g : mit stimmenmehrheit angenommen. (ba)
(schluss)

++ ende des sitzungsberichtes ++

1942

dienstag buergermeister-pressegespraech

26 wien, 1.2. (rk) am kommenden diensttag, dem 5. februar, findet um 11.30 uhr im konferenzsaal des presse- und informationsdienstes (rathaus, eingang lichtenfelsgasse) das naechste buergermeister-pressegespraech statt. unter anderem werden vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r und stadtrat dr. helmut z i l k ueber den buergerdienst und das buero fuer sofortmassnahmen berichten. (sti)

1657

k o m m u n a l :

=====

drei neue gemeinderäte

14 wien, 1.2. (rk) in der sitzung des wiener gemeinderates am freitag wurden drei neue gemeinderäte - otmar emerling (spoe), ing. horst georg riedler (spoe) und hermann glueck (oevp) - angelobt.

otmar emerling, jahrgang 1924, der 16 jahre lang bezirksvorsteher des 21. bezirkes und seit 1968 obmann der sozialistischen fraktion der bezirksvorsteher war, hat sein vorsteher-mandat in zusammenhang mit der systematischen uebertragung weiterer verwaltungsfunktionen an die bezirksvertretungen mit der begruendung niedergelegt, dass er seinem nachfolger die moeglichkeit geben wolle, vom anfang der dezentralisierungsaktivitaeten an dabei sein zu koennen. nun wird emerling die arbeit fuer seinen bezirk als gemeinderat fortsetzen.

ing. horst georg riedler, jahrgang 1942, war nach verschiedenen taetigkeiten in der privatwirtschaft von 1964 bis 1966 presse-referent der austrian airlines und von 1966 bis 1980 mitarbeiter des presse- und informationsdienstes der stadt wien. er leitete das referat information und war massgeblich an den vorbereitungen und an der durchfuehrung der alljaehrigen grossveranstaltungen "tag der offenen tuer" im wiener rathaus beteiligt. riedler war obmann der jungen generation der spoe-margareten, sektionsleiter und zuletzt bildungsobmann der spoe margareten.

hermann glueck, jahrgang 1932, kommt aus dem arbeitsbereich der oesterreichischen bundesbahnen. er war lange zeit fahrdienst-leiter und in verschiedenen funktionen in der generaldirektion der oesterreichischen bundesbahnen taetig. in seinem bezirk meidling war er leiter des katholischen bildungswerkes und vorsitzen-der der katholischen maennerbewegung. seit 1972 war er bezirks-gruppenobmann des oeaab meidling, seit 1973 war er bezirks-vorsteher-stellvertreter in meidling. (ab)